

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Keine Aufnahme von Flüchtlingen aus Gaza – Hilfe vor Ort stärken

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die weiter stattfindende illegale Migration führt zu unhaltbaren Zuständen. Die Kommunen sind mit der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge hoffnungslos überfordert. Eine Integration der Migranten ist unter den gegebenen Umständen nicht zu realisieren. Zudem schwindet aufgrund der mit der Migration einhergehenden Probleme die Akzeptanz der Bevölkerung. Ohne eine spürbare Begrenzung der Zuwanderung gerät der innere Frieden in Gefahr.
Sowohl das Recht auf Asyl als auch der Anspruch auf Schutzgewährung gelten nicht unbegrenzt, sondern enthalten wie alle Leistungsrechte eine ihnen immanente Grenze der Erfüllbarkeit. Diese Grenze ist längst erreicht. Denn die Ressourcen sind ausgeschöpft, von der Aufnahmefähigkeit über Integrationsprobleme bis hin zu den wirtschaftlichen und finanziellen Folgen.
2. Der Krieg in Gaza und die dort herrschenden Zustände lassen befürchten, dass dort eine neue Fluchtbewegung in Richtung Europa, das heißt aufgrund der von Deutschland ausgehenden Magnetwirkung im Besonderen nach Deutschland, entsteht.
Die Aufnahme weiterer Flüchtlinge ist bereits aus Kapazitätsgründen nicht möglich. Zudem ist die Integration von Migranten aus muslimischen Ländern generell schwieriger als diejenige von Menschen aus dem europäischen Kulturraum. Hinzu kommt, dass Palästinenser aus den von Israel besetzten Gebieten überwiegend von einem tiefen Hass gegen Israel und die Juden beseelt sind und somit der importierte muslimische Antisemitismus durch deren Aufnahme in Deutschland gestärkt würde. Dies widerspricht den deutschen Interessen und unserer besonderen Verantwortung gegenüber den hier lebenden Juden.

3. Deutschland muss sich auf eine Fluchtbewegung aus Gaza einstellen und ein klares Signal dorthin senden, und zwar jetzt und nicht etwa erst dann, wenn die Flüchtlinge sich mit falschen Hoffnungen auf den Weg machen. Die deutsche Position kann unabhängig von der Lage in Gaza und den Fluchtgründen nur in einer eindeutigen Aufnahmeverweigerung bestehen.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung einen Beschluss fasst, wonach Deutschland keine Flüchtlinge aus Gaza aufnimmt und dafür sorgt, dass diese Entscheidung auch den Menschen in Gaza zur Kenntnis gelangt.
2. sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass Flüchtlingen aus Gaza in der Konfliktregion ausreichend Schutz und Hilfe gewährt werden kann.

Nikolaus Kramer und Fraktion